

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	3/2013
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	19. März 2013
Zeit:	19:00 Uhr – 22:20 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträtinnen Schweiger, von Reumont, Oppelt, Geißler und Groesser, Stadträte Eisenhauer, Rupp K., Fischer, Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller, Schimpf, Schubert, Fritsch, Holschuh, Rehberger, Streib H., Volk, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk (ab 20 Uhr)
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann
von der Verwaltung anwesend:	Frau Lutz, Herr Arnold, Herr Möhrle
Mitglieder entschuldigt:	Rupp Ch., Streib K.
Urkundspersonen:	Stadträte von Reumont und Hertel
Sachvortrag:	Herr Arnold (zu TOP 3 und 4, Frau Lutz (zu TOP 5)
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Ein Bürger, Mitglied des Ortschaftsrates Mückenloch, erkundigt sich nach der Umsetzung des Baugebietes „Haager Feld“ in Mückenloch. Obwohl seit mehreren Jahren schon Planungsrationen im Haushalt eingestellt sind, sei bisher nichts geschehen. Der Bürgermeister führt aus, er habe sich bereits im Rahmen der Flächennutzungsplanung für das Baugebiet ausgesprochen. Im laufenden Jahr müsse man dem schon im Vorjahr begonnenen Umbau der Hauptstraße zunächst Priorität einräumen; die Umsetzung des Baugebiets könne frühestens im Herbst angegangen werden. Er stellt in Aussicht, das Thema nach der Sommerpause im Gemeinderat zu diskutieren und entscheiden.

Ein Mitglied der Bürgerinitiative „Kein Funkmast“ am Schänzel“ möchte wissen, wann der Fragenkatalog, den die Bürgerinitiative der Verwaltung am Montag dieser Woche zugeleitet hatte, beantwortet werde. Der Bürgermeister antwortet, ein Teil der Fragen werde bei der Behandlung des TOPs im Sitzungsverlauf beantwortet, ein Teil innerhalb der nächsten Wochen; allerdings seien nicht alle Fragen von der Verwaltung beantwortbar.

Ein Bürger fragt, inwieweit sich das Thema Windenergie im Gutachten der KliBA zum Klimaschutzkonzept wiederfindet. Der Bürgermeister antwortet, dass das angesprochene Gutachten der Verwaltung noch nicht vorliegt, daher keine verbindlichen Aussagen getroffen werden können. In der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 10. April werde das Thema Windkraft behandelt; die Aufstellung eines eigenen Teil-Flächennutzungsplans sei vorgesehen, um Vorranggebiete festzulegen. Grundsätzlich sei die Windhöflichkeit im gesamten Bereich des Gemeindeverwaltungsverbandes bescheiden. Dennoch werden vermutlich nach Abzug der Einschränkunggebiete ca. 3 Standorte übrig bleiben, die geeignet sein könnten. Die KliBA habe vom Grundsatz her angedeutet, dass Neckargemünd einen Energiemix braucht, daher werde voraussichtlich auch Windkraft ins Gespräch gebracht – die damit zusammenhängenden Fragen werden sich in den nächsten Monaten stellen.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 2/2013 vom 5. Februar 2013**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der nichtöffentlichen Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung Nr. 2/2013 vom 5. Februar 2013**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

2.2: **Beratung:**

2.3: **Beschluss:**

3: **Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2013**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes sowie die Anträge der Fraktionen sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister nimmt kurz Stellung zu den beiden eingereichten Anträgen.

3.2: **Beratung:**

Zum CDU-Antrag (Hhst. 2.5710. Erhöhung des Etats um ca. 1.500 – 2.000 Euro für Pflasterung eines Verbindungsweges im Schwimmbad) führt der Bürgermeister aus: die Umkleiden seien im Vergleich zum Bedarf überdimensioniert, das Dach in einem maroden Zustand, so dass in absehbarer Zeit Investitionen im Schwimmbad unumgänglich werden. Es sei daher fraglich, ob es sinnvoll sei, jetzt als Einzelmaßnahme eine Pflasterung vorzunehmen, wenn bei der Gesamtsanierung möglicherweise anders geplant werde. Nach umfassender verwaltungsinterner Diskussion mache die Verwaltung daher den Vorschlag, den Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit einer behindertengerechten Optimierung in den Gesamtzusammenhang der Sanierung zu stellen. Stadträtin von Reumont ist der Auffassung, dass eine Sanierung / Umgestaltung nichts daran ändert, dass das Wegstück zu überbrücken ist, und regt im Interesse aller, die nicht gut zu Fuß sind, zumindest eine Zwischenlösung an. Der Bürgermeister stellt in Aussicht, dass sich eine derartige Lösung möglicherweise innerhalb des Etats für Gebäudeunterhaltung unterbringen lasse; es müssten keine zusätzlichen Mittel gesondert eingestellt werden. Das Thema solle in einer der nächsten Sitzungen thematisiert werden. Hiermit ist die CDU-Fraktion einverstanden.

Zum Antrag von Ortsvorsteher Bergsträsser (Erhöhung des Etats der Ortsvorsteher für die Aufgabenerfüllung der Ortsteile): Der Bürgermeister verweist auf die Entwicklung der Problematik. Die Verfügungsmittel für die Ortsvorsteher seien aufgrund einer entsprechenden Aufforderung der GPA gestrichen worden. Man habe daher ein anderes Konstrukt gefunden, um die Ortsteile mit Finanzmitteln, vordringlich zur Durchführung der eigenen Veranstaltungen, auszustatten – nachdem diese Mittel lange Zeit nicht erhöht worden seien, seien sich nun alle Ortsvorsteher einig, dass das Geld nicht mehr reicht. Daher habe die Verwaltung im Anschluss an die diesjährige Klausurtagung, in der eine Erhöhung beantragt worden war, vorgeschlagen, einen Sockelbetrag von 1.500 Euro pro Ortsteil sowie einen festgelegten Pro-Kopf-Betrag pro Einwohner zusätzlich zu gewähren. Nachdem auch dieser Vorschlag für die Ortsvorsteher noch nicht als ausreichend erachtet wurde, macht der Bürgermeister einen erneuten Kompromissvorschlag: den nach Einwohnerzahl variablen Betrag von 4,15 Euro pro Einwohner (wie in den Vorjahren) zu belassen, und zusätzlich einen Sockelbetrag von 1.500 Euro pro Ortsteil zu gewähren – dies jedoch widerruflich, als Vorsorge für Jahre, in denen die Stadt aufgrund einer schlechteren finanziellen Lage möglicherweise verstärkt sparen muss. Damit ergäben sich 2013 als Gesamtbudgets für Dilsberg 10.000 Euro, für Waldhilsbach 7.000 Euro und für Mückenloch 6.200 Euro. Ebenso solle an der Budgetierung festgehalten werden, auch die Telefon- und Datenkommunikationskosten darin enthalten bleiben. Dieser Kompromiss wird von allen Ortsvorstehern zustimmend aufgenommen.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den drei Ortsteilen im Rahmen der jeweiligen Haushaltsstellen „Spezielle Zweckausgaben“ als Budget jederzeit widerruflich einen jährlichen Sockelbetrag von 1.500 Euro zuzüglich einer einwohnerabhängigen Komponente von 4,15 Euro /Einwohner zur Verfügung zu stellen.

Unter 2.5710. sind keine zusätzlichen Mittel für die Wegpflasterung einzustellen; in einer der kommenden Sitzungen sollen Lösungsalternativen vorgeschlagen werden, die über die bereits eingestellten Mittel zur Gebäudeunterhaltung zu finanzieren wären.

4: **Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister betont, dass die Stadt Neckargemünd auch in diesem Jahr eine im Vergleich zu anderen Gemeinden der gleichen Größenordnung deutlich zu hohe Investitionsrate habe. Man sei im Gremium einig, dass die immense Bautätigkeit der letzten 10 Jahre nicht in diesem Maße weitergehen könne. Der Umbau der Hauptstraße solle vorläufig das letzte Großprojekt sein, nach den zahlreichen Baustellen müsse für die belastete Bevölkerung Ruhe einkehren. In der Verwaltung sei ein großes Pensum abgearbeitet worden, mit dieser Kraft könne man ebenfalls nicht dauerhaft weiterfahren. – Herr Arnold ergänzt, dass sich bei der Klausurtagung im Gemeinderat zur Vorbesprechung des Haushaltes vor allem höhere Ausgaben im Vergleich zu dem ursprünglich von der Verwaltung eingebrachten Entwurf ergeben haben. Größte Posten hierbei: im Verwaltungshaushalt Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltung; im Vermögenshaushalt Investitionen im Feuerwehrhaus Mückenloch und Planungsrate für ein neues Feuerwehrhaus Dilsberg, vorgezogene Realisierung der Fluchtwege bei der Sanierung der Banngartenhalle, Investitionen für den Kindergarten Kleingemünd, Umbau des EG im Alten Rathaus. Demnach sei die Kreditaufnahme von ursprünglich geplanten 850.000 Euro auf 1,1 Millionen Euro gestiegen, die Rücklagenentnahme von ursprünglich 1.477.000 Euro steige auf 1.503.800 Euro.

4.2: **Beratung:**

Die Fraktionen nehmen Stellung zum Zahlenwerk.

Für die CDU dankt Stadträtin von Reumont der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit im Rahmen der Klausurtagung; es sei zu begrüßen, dass der Haushalt das vierte Jahr in Folge mit dem gesamten Gemeinderat besprochen wird. Wie schon 2012 sei auch der Haushalt 2013 vorsichtig kalkuliert, und er sei getragen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Daraus haben sich die höheren Finanzaufweisungen ergeben, und es sei auch erfreulich, dass durch die um über 500.000 Euro gestiegenen Schlüsselzuweisungen die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes gestiegen seien. Jedoch sei zu bedauern, dass im Zuge der rot-grünen Politik die Sachkostenbeiträge gekürzt worden seien – dies gehe am Bedarf vorbei. Positiv zu vermerken sei die vorsichtige Schätzung der Gewerbesteuer-einnahmen, und dass (vor allem in Anbetracht der für die Geschäftsleute sehr belastenden Baumaßnahme „Umbau Hauptstraße“) die Gewerbesteuer nicht erhöht worden sei. Ebenso befürworte die CDU, dass die Grundsteuer B (zuletzt erhöht 2010) nicht weiter erhöht worden sei, so dass die Kosten für Wohnen, auch für Mieter, nicht verteuert werden, denn gestiegene Grundsteuer werde von den Eigentümern an die Mieter weitergegeben. Die Stabilität bei der Grund- und Gewerbesteuer sei ein besonderes Anliegen der CDU-Fraktion. In diesem Jahr sinken die an die Steuerkraftsumme gebundenen Ausgaben zwar, jedoch sei zu erwarten, dass sie in den kommenden Jahren steigen. Im Vergleich zu 2012 (umgekehrte Zuführung, Kreditermächtigung von 1,5 Mio. Euro) stelle sich der Haushalt 2013 besser dar, auch konnte der Pro-Kopf-Schuldenstand gesenkt werden.

Man könne zuversichtlich in das Jahr 2013 gehen, müsse aber bedenken, dass die Einnahmen überwiegend aus Zuweisungen stammen, die positive Zuführung demnach nicht aus eigener Kraft erwirtschaftet ist, sondern das Ergebnis positiver Entwicklungen, auf die die Stadt keinen Einfluss hat. Man dürfe sich daher vom derzeitigen Aufwind nicht verleiten lassen. – Eine der wichtigsten Aufgaben sehe die Fraktion in der Kinderbetreuung und frühen Förderung aller Kinder. Dies stelle hohe Ansprüche an die Stadt, an Ausstattung und Standorte, Öffnungszeiten und vielfältige Angebote – die Stadt sei diesbezüglich bestens aufgestellt, dennoch werden die Kosten in diesem Bereich steigen und ein erhöhter Personalaufwand erforderlich, was aus Überzeugung für die Bedeutung dieser Einrichtungen aber gerne ausgegeben werde. Dass immer weiterer Bedarf entstehe, spreche für die Beliebtheit der Einrichtungen, und Herrn Moll gebühre ein großes Lob für seine hervorragende und engagierte Arbeit. Auch die Sanierung der Erich-Kästner-Schule und die Investitionen für die Grundschule seien Anlass zur Freude; weitere große Posten seien der Unterhalt des Schulzentrums und die Sanierung der Banngartenhalle. Das Engagement für Kinder und Jugendliche aller Altersklassen beinhalte auch die Befürwortung des Skaterplatzes und Bolzplatzes. Nach Abschluss der großen Baumaßnahmen in der Hauptstraße und am Mühlrain werde sich die Lebens- und Aufenthaltsqualität in diesen Bereichen verbessern, am Mühlrain werde endlich ein bautechnisch einwandfreier Zustand erreicht. Sehr positiv sei die Einrichtung des „Baustellenkümmerers“. Ein wichtiges Ziel sei auch, die im Eigentum der Stadt befindlichen Gebäude wie Menzer Villa, Knappenkeller einer Nutzung zuzuführen. Die CDU freue sich über die eingestellten Mittel zum Klimaschutz, Neckargemünd sei mit seinem fortgesetzten Engagement (Passivhaus-Bauprojekte, Engagement für den ÖPNV) auf einem guten Weg. Stadträtin von Reumont erinnert in diesem Zusammenhang auch an die Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes als weiteren Schritt. Auch die Angebote im Energiesektor (hier erwähnt sie die Klage der Stadtwerke Neckargemünd auf Herausgabe des Stromnetzes) werden sich immer mehr in Richtung Ökologie entwickeln. Die Erhöhung der Mittel für die Ortsteile werde mit Freude aufgenommen. Grundsätzlich bleibe Abwägen und Maßhalten Gebot der Stunde. Man habe in den letzten Jahren kräftig und sinnvoll in die Infrastruktur und den Klimaschutz investiert; in den kommenden Jahren müsse man den Blick vermehrt auf die Rückführung der Schulden richten. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt 2013 zustimmen.

20:00 Uhr, Stadtrat Schwenk kommt zur Sitzung.

Für die Freien Wähler spricht Stadtrat Rehberger, für die SPD-Fraktion Stadtrat Schimpf, für die Grünen Stadtrat Schmitz-Günther. Ihre Stellungnahmen werden der Verwaltung schriftlich überreicht und dem Protokoll als Anlagen beigegeben.

Anschließend nimmt der Bürgermeister zu der mehrfach geäußerten Kritik an der noch ausstehenden Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes Stellung: dieses sei auf Vorschlag des Bürgermeisters erarbeitet worden, mitgetragen von allen Fraktionen. Bedingt durch die enorme Arbeitsbelastung (selbst die GPA habe die Personalknappheit angemahnt) der Stadtverwaltung habe er die Fraktionen gebeten, die Erarbeitung des Konzeptes selbst fortzuführen. Das Konzept wurde zur Prüfung an das Planungsbüro Koehler + Leutwein gegeben, und voraussichtlich in diesem Jahr umgesetzt – für die Stadt sind die Einnahmen wichtig, und alle Fraktionen seien sich einig, dass an der Einführung kein Weg vorbeigeht.

Zu weiteren Kritikpunkten in den Stellungnahmen: es sei zu erwarten, dass sich die Problematik mit dem Parken in der Altstadt beruhigen wird, wenn der Umbau der Hauptstraße abgeschlossen ist.

Grundsätzlich sei es nicht möglich, gleichzeitig Schulden abzubauen und sämtliche städtischen Gebäude rasch zu sanieren - hier müsse ggf. manches geschoben werden, so dass auch in den nächsten Jahren noch Handlungsbedarf bestehen werde.

Zu dem von Stadtrat Rehberger vorgeschlagenen Sperrvermerk für die Erneuerung des Holzstegs im Freibad teilt der Bürgermeister mit, dass er bereits einen Auftrag für die Renovierung des Platzes vor dem Steg unterschrieben habe – eine Erneuerung des Platzes sowie des Steges in einem Zug sei möglicherweise sinnvoll. Er schlägt daher vor, die Verwaltung solle nochmals prüfen, ob eine Verschiebung möglich oder eine andere Lösung gefunden werden könne. Dies wird im Gremium zustimmend aufgenommen.

4.3: **Beschluss:**

<p>Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd</p> <p>für das Haushaltsjahr 2013</p>
--

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der derzeit geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd am 19. März 2013 einstimmig folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je	42.046.800 EUR
davon im Verwaltungshaushalt	35.151.400 EUR
im Vermögenshaushalt	6.895.400 EUR
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	1.100.000 EUR
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	0 EUR

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzsatzung vom 10.05.2005, zuletzt geändert am 17.11.2009, festgesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. für die Grundsteuer	
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	320 v.H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v.H.
der Steuermessbeträge;	
2. für die Gewerbesteuer	340 v.H.
der Steuermessbeträge.	

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes verlässt Stadtrat Eisenhauer wegen Befangenheit den Sitzungstisch und nimmt im Zuhörerraum Platz.

5: **Bauvoranfrage zur Sanierung des ehemaligen Gasthauses „Goldenes Lamm“ sowie Sanierung und Erweiterung der Griechischen Weinstube“ auf den Grundstücken Flst. Nr. 98, 99, 100 und 101, Neckarstraße 36-38**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Bauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister berichtet von der Behandlung der Bauvoranfrage in der letzten Sitzung des Hauptausschusses: hier hatte Einigkeit geherrscht, dass der vorgelegten Planung nicht zugestimmt werden könne. Nun müsse im Gemeinderat eine förmliche Entscheidung über die Bauvoranfrage getroffen werden, denn per Gesetz gibt es hierfür Fristen – wenn die Entscheidung nicht bis zu einem bestimmten Termin getroffen sei, werde Zustimmung angenommen. Da die Gebäude derzeit noch nicht verkauft sind, gebe es keinen Kaufvertrag, in den die Stadt im Rahmen des Vorkaufsrechts eintreten könnte. Sollte die Stadt die vorgelegte Bauvoranfrage ablehnen, sollte der Investor die Chance bekommen, seine Planungen zu ändern und nochmals vorzutragen. Bei der Entscheidung sei viel Fingerspitzengefühl erforderlich, da der Gebäudekomplex an einer sehr sensiblen Stelle in der Altstadt stehe, das Stadtbild präge und über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und von historischer Bedeutung sei. Dennoch handle es sich um Gebäude in Privateigentum, so dass auch die Interessen der Eigentümer zu berücksichtigen seien, sowie deren Rechte und Pflichten. Frau Lutz stellt die Bauvoranfrage gemäß der Vorlage vor und weist darauf hin, dass das Landesdenkmalamt große Bedenken bezüglich einer Umnutzung ausgesprochen habe.

5.2: **Beratung:**

Auf die Frage von Stadtrat Fritsch nach dem in den Plänen erscheinenden Baum im Garten antwortet Frau Lutz, dass der Baum bei der Beurteilung der Bauvoranfrage keine Rolle spiele. Stadtrat Schmitz-Günther umreißt die Hauptanliegen bei der Beurteilung der Bauvoranfrage: Erhalt der Griechischen Weinstube unter Aspekten des Denkmalschutzes und der Traditionen, und Aufrechterhaltung eines ansprechenden Stadtbildes. Er spricht sich dafür aus, im neckarseitigen Bereich auf dem Dach des Knappenkellers einen Außenbereich zu schaffen, der für die Weinstube (mit verkleinerter Kapazität) eine Außenbewirtschaftung ermöglichen würde. Nachdem in früherer Zeit bereits Gebäude (inzwischen abgerissen) im neckarseitigen Bereich gestanden hätten, sei auch vorstellbar, dort wieder Gebäude zu bauen, entsprechend gegliedert und unter Beachtung der Höhenentwicklung. Es sei auch denkbar, Synergieeffekte zwischen Knappenkeller und Weinstube auszunutzen. Die vorliegende Bauvoranfrage mit den Umnutzungsplanungen könne die Fraktion nicht befürworten. Stadträtin Schweiger berichtet, dass das Thema in der CDU-Fraktion lange diskutiert wurde, und möglicherweise zu Enthaltungen führen werde. Sie spricht sich für eine Innenverdichtung der Altstadt aus – dies belebe die Altstadt. Es gebe in Neckargemünd bereits Präzedenzfälle, worin der Umnutzung von Gastronomie in Wohnraum zugestimmt wurde (etwa beim „Letzten Heller“). Auch sei zu bedenken, dass nicht alles Wünschenswerte auch wirtschaftlich tragbar sei. So wollte man auch den Knappenkeller unbedingt erhalten, die Verwertung habe sich als äußerst schwierig herausgestellt. Man habe den Eigentümer von städtischer Seite auch schon lange dabei begleitet, einen Nachfolger zu finden, aber ohne Erfolg. Attraktiver Wohnraum sei besser, als dauerhafte Leerstände zu produzieren. Stadtrat Rehberger plädiert dafür, die Bauvoranfrage in der vorgelegten Form abzulehnen und dem Investor die Möglichkeit zu geben, die Pläne nachzubessern und nochmals vorzulegen.

Stadtrat Schimpf betont den Wert der Altstadt als Touristenziel und Identifikationsfaktor für die Einwohner. Sollten in den Erdgeschossen Büros und Praxen entstehen, bestehe die Gefahr, dass das Erscheinungsbild der historischen Gebäude leidet. Auf der Neckarseite würde durch die vorgelegte Bauweise das unverwechselbare Panorama der Altstadt verwässert. Auch die SPD könne sich eine Umnutzung in der vorgelegten Form nicht vorstellen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet mehrheitlich bei 4 Enthaltungen, das Einvernehmen nach § 34 BauGB zur vorgelegten Bauvoranfrage zur Sanierung des ehemaligen Gasthauses „Goldenes Lamm“ sowie Sanierung und Erweiterung der „Griechischen Weinstube“ auf den Grundstücken Flst. Nr. 98, 99, 100 und 101, Neckarstr. 36- 38, zu versagen.

Nach Abschluss der Beschlussfassung kehrt Stadtrat Eisenhauer an den Sitzungstisch zurück.

6: **Gemeindeverwaltungsverband Neckargemünd**
Vorberatung der 2 nachträglich eingefügten Punkte (TOP 5+7) der Tagesordnung der Verbandsversammlung am 10. April 2013 in Wiesenbach

1. Aufstellungsbeschluss nach § 2 Absatz 1 i.V.m. § 5 Absatz 2 b BauGB für einen Teilflächennutzungsplan – Windenergie – zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen
2. Personelle Veränderungen im Gutachterausschuss des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd (Vorsitz – Stellv. Vorsitz)

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlagen sind dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister geht kurz auf die Vorlagen ein und erläutert zu 1 / Aufstellungsbeschluss, dass dieser in der Verbandsversammlung gefasst werden müsse, damit das Verfahren beginnen könne. In diesem Zuge müssten weitere Untersuchungen beginnen, die nur in der Vegetationsperiode (die bereits angefangen hat) durchgeführt werden können.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein möchte wissen, ob Dr. Scheffczyk nur als Vorsitzender ersetzt wird, aber weiterhin Mitglied des Gutachterausschusses bleibt. Dies wird vom Bürgermeister bejaht.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd am 10. April 2013:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 1/2012 vom 2. Mai 2012	einstimmig *	
2.	Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2012	einstimmig *	
3.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2013	einstimmig *	
4.	Voruntersuchung Windkraft	einstimmig *	
5.	Aufstellungsbeschluss nach § 2 Absatz 1 i.V.m. § 5 Absatz 2b BauGB für einen Teilflächennutzungsplan – Windenergie – zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen	Mehrheitlich, bei 1 Enthaltung	

6.	1. Änderung der 2. Fortschreibung des Flächennutzungsplans	Mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen *	
7.	Personelle Veränderungen im Gutachterausschuss des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd - Vorsitz /Stellv. Vorsitz	einstimmig	
8.	Verschiedenes	Nichts vorge-tragen *	

7: Vertrag über den Standort Mobilfunkmast Dilsberg – Beschlussfassung

7.1: Sachvortrag:

Die Vorlage von Amt 36 ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister geht kurz auf die Historie ein: der Standort sei intensiv in den städtischen Gremien und mit den Bürgerinitiativen diskutiert worden, mehrfach wurde ein Gutachter einbezogen. Der Gemeinderat habe sich seine Entscheidung nicht einfach gemacht und sei letztendlich zum Ergebnis gekommen, dem Betreiber zwei Standorte vorzuschlagen. Dieser habe sich für den „Schänzel“-Standort entschieden. Heute gehe es nicht mehr um die Standortfrage, sondern um die Vertragsgestaltung. Das Bauantragsverfahren stehe noch aus. Der Vertrag sei schwerpunktmäßig von Herrn Oeß ausgearbeitet und ausgehandelt worden und beinhalte die Interessen der Stadt. In der Folge stellt der Bürgermeister die Rahmenbedingungen des Vertrages kurz vor.

7.2: Beratung:

Stadtrat Volk betont, dass die Stadt nur dadurch, dass sich der gewählte Standort „Schänzel“ in städtischem Eigentum befindet, überhaupt in der Lage ist, bei der Vertragsgestaltung mitreden zu können. Er schlägt vor, die Stadt solle eine Abänderung des Vertrages dahingehend verhandeln, dass die noch auszustellende Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur Bestandteil des Vertrages wird. In dieser Bescheinigung werden wichtige Parameter wie die Anzahl der Antennen, die Strahlungsrichtung, die Sicherheitsabstände festgelegt. Wenn insofern jede diesbezügliche Änderung zugleich eine Änderung des Gestattungsvertrages werde, müsste der Gemeinderat immer neu zustimmen. Dies wird im Gremium befürwortend aufgenommen.

Stadtrat Katzenstein verliest eine Stellungnahme der „Grünen“-Fraktion, die dem Protokoll als Anlage beigegeben wird. Der Bürgermeister nimmt Bezug auf diese Stellungnahme – es sei nicht nachzuvollziehen, dass nur von „Bürgerinformation“ gesprochen werde und nicht von „Beteiligung“ – die Verwaltung habe ihr Möglichstes getan, um die Bürger mitzunehmen, viel mehr sei nicht möglich; außerdem komme die Kritik um 1 Jahr zu spät. Stadtrat Berroth ist der Auffassung, dass auch bei einer noch intensiveren Bürgerbeteiligung kein Konsens hätte gefunden werden können. Stadtrat Schimpf erinnert daran, dass die Stadt für die Erforschung der Alternativstandorte Tausende von Euro für einen fachlich qualifizierten Gutachter ausgegeben hätte. Man müsse auch an die Interessen der Vermieter, Hauseigentümer und Gewerbetreibenden denken, die dringend eine gute Mobilfunkanbindung benötigen, und sollte die Umsetzung nicht endlos hinauszögern.

7.3: Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 2 Enthaltungen, die Verwaltung mit der Nachverhandlung des Vertragsentwurfes wie folgt zu beauftragen:

Der Vertragsentwurf soll insofern ergänzt werden, dass die noch auszustellende Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur Bestandteil des Vertrages wird, so dass bei Änderungen der Standortbescheinigung eine erneute Zustimmung des Gestattungsgebers Stadt Neckargemünd erforderlich wird.

2. Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich bei 1 Enthaltung und 3 Gegenstimmen, dass der E-Plus Mobilfunk GmbH & Co.KG, Düsseldorf, eine beim Wasserhochbehälter Distrikt Bannholz gelegene ca. 150 m² große Teilfläche des Grundstücks Flst. Nr. 4142 Gemarkung Dilsberg (= Standort „Schänzel“) zur Errichtung und zum Betrieb einer Funkfeststation auf Basis des der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfs und des unter 1. gefassten Beschlusses zu überlassen ist.

8: **Bebauungsplan „Dilsberg – 2. Änderung“
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt und wird vom Bürgermeister kurz vorgestellt.

8.2: **Beratung:**

Stadtrat Hertel erinnert daran, dass der zum Parkplatz führende Weg Flst. Nr. 40/1 dringend für die touristische Erschließung des Dilsbergs gebraucht wird – hier solle besonders auf eine geeignete Regelung geachtet werden.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung des Bebauungsplanes „Dilsberg 1. Änderung“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, mit der Maßgabe, dass die Planungskosten und die Kosten für ggf. erforderliche Fachgutachten vom Eigentümer des Anwesens zu tragen sind.

Der vorgesehene Geltungsbereich umfasst den Bereich um das frühere Hotel „Zur schönen Aussicht“. Der vorgesehene Geltungsbereich wird begrenzt:

- im Norden durch die südlichen Grenzen der Flurstücke 40 und 167/1 (östlicher Teilbereich)
- im Westen durch die westliche Grenze der Flurstücke 40/1 und 167/4
- im Süden durch die nördliche Grenze der Flurstücke 171 und 172 sowie eine Linie ca. 20 m südlich der südlichen Grenze des Flurstücks 167/1
- im Osten durch die westliche Grenze des Flurstücks 181.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die Flurstücke 40/1, 167/1 (teilweise) und 167/4 (teilweise).

Der Geltungsbereich ergibt sich abschließend aus dem beigefügten Lageplan, der Bestandteil dieses Beschlusses ist.

9: **Ausscheiden von Frau Sabine Schweiger aus dem Gemeinderat**

9.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

9.2: **Beratung:**

Der Bürgermeister würdigt das knapp 3-jährige Wirken von Stadträtin Schweiger im Gemeinderat und einer Vielzahl von Ausschüssen, sowie ihre zahlreichen Verdienste im Gewerbeverein, den sie wesentlich vorangebracht habe, und in den Bereichen Tourismusförderung und Stadtmarketing. Frau Schweiger habe sich in all ihre Aufgaben schnell eingearbeitet und durch ihre hohe Sachkompetenz Hervorragendes geleistet. Sie habe das Erfolgsmodell „Langer Freitag“ initiiert, mit „Neckargemünd aktuell“ und der Neuausrichtung der städtischen Broschüren und der WebTIS-Anlage die mediale Präsenz der Stadt stark vorangebracht, Neckargemünd auf Messen bestens präsentiert. Er dankt für ihre äußerst erfolgreiche Arbeit und die gute und enge Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Stabsstelle. Nun müsse Neckargemünd mit einem lachenden und einem weinenden Auge Abschied von ihr nehmen – sie erwarte nun eine spannende neue Aufgabe als Bürgermeisterin von Aglasterhausen. Anschließend überreicht der Bürgermeister ihr die Urkunde zur Verabschiedung sowie einen Buchgutschein und einen Wappenkrug als Abschiedsgeschenke der Stadt. Auch die Fraktionen würdigen die Verdienste der scheidenden Stadträtin und danken für ihr Engagement. Für die CDU spricht Stadträtin von Reumont: Frau Schweiger sei ein Glücksfall für die Fraktion gewesen, ihre weitreichenden Kenntnisse aus dem Stadtmarketing und ihre berufliche Qualifikation, zugleich ihre Beharrlichkeit und Disziplin hatten sie zu einer tragenden und sehr zuverlässigen Säule für die Fraktion gemacht. Für die Freien Wähler betont Stadtrat Rehberger die hohe Motivation, den Sachverstand und die stets pragmatischen Lösungen, die die Gemeinderatsarbeit von Stadträtin Schweiger ausgemacht haben. Stadtrat Schimpf (SPD) hat Frau Schweiger in der Zeit des Schulbrandes kennen gelernt, als sie als aktive Elternbeirätin rasch eine große Elternversammlung im Martin-Luther-Haus organisiert habe; dieses Zupacken und die schnelle Organisationsfähigkeit haben sie auch in der Folgezeit stets ausgezeichnet. Für die Fraktion der Grünen spricht Stadträtin Groesser Frau Schweiger gute Wünsche für die Zukunft aus. Anschließend bedankt sich Stadträtin Schweiger für die Abschiedswünsche – besser als durch ihre 15-jährige Tätigkeit in öffentlichen Funktionen, im Elternbeirat, bei der intensiven Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und im Gemeinderat, habe sie sich nicht für ihre neue Aufgabe als Bürgermeisterin vorbereiten können. Sie lobt das kultivierte Miteinander im Gemeinderat – sie sei stolz, Teil dieser Stadt gewesen zu sein.

9.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag von Frau Schweiger auf Ausscheiden aus dem Gemeinderat zum 31.03.2013 einstimmig zu.

10: **Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**10.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

10.2: **Beratung:**10.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

11. Verschiedenes

11.1: Baumfällarbeiten K 4200 Dilsberg - Rainbach

Der Bürgermeister informiert, dass das Kreisforstamt seine Baumfällarbeiten, die bis Donnerstag dauern sollten, früher als erwartet abschließen konnte, so dass die Verbindung zwischen Neckargemünd und Rainbach bereits am heutigen Abend wieder geöffnet ist. Er dankt Ortsvorsteher Hoffmann dafür, dass er sich sofort um die Busverbindungen gekümmert hat. Dieser bedankt sich wiederum beim Bürgermeister für die Freigabe der entsprechenden Mittel.

11.2: Parkplätze vor dem Modehaus Leist in der Hauptstraße

Stadtrat Katzenstein moniert, dass bei dem im Gemeinderat getroffenen Beschluss, für die Zeit des 1. Bauabschnitts in der Hauptstraße Kurzzeitparkplätze entlang der Schaufenster des Modehauses anzulegen, mit der Maßgabe verbunden gewesen sei, dass die Jakobsgassenzufahrt frei gehalten werden müsse. Dies sei bei der Umsetzung nicht beachtet worden. Die Jakobsgasse sei wiederholt zugeparkt. Er regt an, wenn möglich eine Fahrbahnmarkierung mit Farbe aufzubringen. Der Bürgermeister sagt zu, die Verwaltung werde in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde mit geeigneten Maßnahmen ordnungsgemäße Zustände herstellen.

11.3 Buswartehäuschen an der Sparkasse / Buslinienführung

Stadtrat Schubert dankt der Verwaltung für den Bau des Buswartehäuschens. Stadträtin Groesser erkundigt sich, ob die Stadt Rückmeldungen der Bürgerschaft erhalten hat, ob diese die Haltestelle Sparkasse oder Hanfmarkt bevorzugen. Hintergrund der Anfrage sei die künftige Linienführung der Busse durch die Altstadt. Der Bürgermeister antwortet, dass es wenige Rückmeldungen gibt – ein Zeichen dafür, dass die Leute zufrieden sind. Für und gegen die alte Linie gebe es jeweils gute Gründe.

11.4 Buswartehäuschen an SRH fehlt

Stadtrat Berroth moniert, dass an der SRH kein Wartehäuschen existiert – die Wartenden stehen ggf. im Regen. Er regt eine Prüfung an. Der Bürgermeister sagt zu, das Thema bei der SRH anzusprechen.

11.5 AVR-Schadstoffmobil

Stadtrat Berroth berichtet, dass das AVR-Schadstoffmobil am Friedhof Dilsberg mit seinem Anhänger so ungünstig geparkt habe, dass der Bus nicht durchkam. Die AVR-Schadstoffmobile sollten sich in Zukunft an die zugewiesenen Parkplätze halten.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin von Reumont

Die Schriftführerin

Stadtrat Hertel